



Astrid Frohloff

# Kr ri

„Kriegszeiten sind schlechte Zeiten für Journalisten. Ihnen drohen Gefahren von allen Seiten. Im schlimmsten Fall erwischt sie eine Kugel. [...] Oder sie werden von Regierungen bedrängt, die entweder die Wahrheit nicht ans Licht kommen lassen wollen oder die eine einseitige, nur ihren Interessen dienende Berichterstattung und Kommentierung wünschen.“ So beschreibt Dieter Schröder, der Herausgeber der Berliner Zeitung und Ex-Chefredakteur der Süddeutschen Zeitung, treffend das Dilemma von Journalisten: In Kriegszeiten bedeutet es für sie eine große Herausforderung, journalistischen Ansprüchen gerecht zu werden.

Der Text gibt das Impulsreferat wieder, das Astrid Frohloff auf der Konferenz *Demokratie, Krieg und Medien* der HSK, HFF, FSF und UNESCO in Berlin gehalten hat.

# Kriegs- nach- richten

Diese Einschätzung deckt sich mit meinen Erfahrungen, die ich sowohl als Korrespondentin im Nahen Osten gesammelt habe, wo ich fünf Jahre lang über den israelisch-palästinensischen Konflikt und über die amerikanisch-irakische Krise 1997/98 berichtete, als auch als Moderatorin der *18:30-Nachrichten*-Sendung in SAT. 1, wo ich vom „Desk“ aus den Kosovo- und den Afghanistankrieg journalistisch begleitete.

Lassen Sie mich versuchen, zu erklären, worin die Erschwernisse für uns Journalisten etwa während des jüngsten Kriegs in Afghanistan genau bestanden:

Vom ersten Tag der Kampfhandlungen an wurden seitens der US-amerikanischen Regierung Versuche unternommen, Informationen zu steuern. Es begann damit, dass Journalisten bei Kriegsbeginn zunächst gar nicht ins Land durften. Alles, was wir erfuhren, kam aus zweiter Hand. Das waren gefilterte Informationen, mit denen uns die amerikanischen Militärs und die US-Regierung belieferten: Sorgsam ausgewähltes Bildmaterial wurde über Agenturen verteilt, das in der Öffentlichkeit den gewünschten Eindruck erzeugen sollte. Fast jeden Tag gab es Presse-Briefings vor dem Weißen Haus in Washington, in denen die amerikanische Version vom Krieg dargestellt wurde. Nachprüfbar waren die Aussagen nicht. Eine Heerschar von amerikanischen Presseoffizieren kümmerte sich darum, die Story vom unblutigen sauberen Kampf gegen den Terror zu verbreiten. Anders als im Golfkrieg verzichtete die Presseabteilung diesmal auf geführte Touren ins Kriegsgebiet. Mehr als 2.000 ausländische Fernseh-, Radio- und Zeitungsjournalisten sammelten sich im Nachbarland Pakistan, in der Hauptstadt Islamabad, fernab vom Schuss. Einige wagten sich in die Grenzregion zu Afghanistan, um mit Augenzeugen oder Vertretern von Hilfsorganisationen zu sprechen.

Wie sollte man sich unter diesen Umständen ein objektives Bild von der Situation in Afghanistan machen können? – Die Redaktionen in Deutschland konnten nur eines tun: Möglichst dicht am Geschehen sein und möglichst viele Reporter in der Region haben. In der Hoffnung, auf diese Weise einen differenzierteren Eindruck von der Lage zu bekommen, schickten vor allem Fernsehsender deshalb Dutzende Teams ins Krisengebiet. So entsandte die SAT.1-Nachrichtenredaktion beispielsweise den Moskauer Korrespondenten an die Front der Nordallianz, verstärkt durch einen zweiten Kollegen aus Berlin. Unsere Korrespondentin aus Südostasien und ein Reporter aus Deutschland hielten sich in Islamabad und der Grenzregion auf. In den USA, in Washington, deckte unser Korrespondentenbüro mit drei Reportern das Pentagon und das Weiße Haus ab. Dicht an der NATO in Brüssel war unser Benelux-Korrespondent, aus London informierte uns unser Mann in Großbritannien, und über die Stimmung in der arabischen Welt hielt uns unsere Korrespondentin in Jerusalem auf dem Laufenden.

Auf diese Weise sammelten wir Tag für Tag die unterschiedlichsten Eindrücke, Erfahrungsberichte, Bilder und selbst recherchierten Informationen zusammen, aus denen sich ein vielschichtiges Bild ergab. Die widersprüchlichen und diffusen Sachverhalte konnten so besser eingeordnet und kommentiert werden. Aus den gleichen Gründen schickten auch andere Fernsehsender ihre Mitarbeiter in alle Teile der Welt. Die finanziell hervorragend ausgestatteten großen amerikanischen Networks waren dabei wie immer im Vorteil: CNN beispielsweise setzte 75 Reporter in 17 verschiedenen Ländern von Jemen bis Tadschikistan auf die Story an, zusätzlich zu den zahlreichen Teams, die bei der Nordallianz und an der Ostgrenze Afghanistans im Einsatz waren.

Es gilt die alte Weisheit, dass das erste Opfer im Krieg die Wahrheit ist. Das wird gerne mit Medienschelte verbunden. Doch bevor man den Medien voreilig vorwirft, sie seien zu einseitig und gefällig oder zu unkritisch und ungerecht, lohnt es sich, genauer hinzusehen.

Wie werden Kriege denn heutzutage geführt? Nach welchen Regeln funktionieren sie?

Der ehemalige NATO-Sprecher Jamie Shea hat darauf eine ganz einfache Antwort: „Das Wichtigste ist, dass der Feind nicht das Monopol auf die Bilder haben darf.“ So lautet sein Fazit aus dem Kosovokrieg. Ein entlarvend Zitat, denn es zeigt, worauf moderne Kriegführung heutzutage abhebt.

Kriege, die von westlichen Industrienationen geführt werden, haben sich grundlegend verändert. Neben dem hoch aufgerüsteten und hoch technisierten Militärapparat wird heutzutage auch die Information in einer hoch professionalisierten Weise zur Kriegführung genutzt. Immer entscheidender wird es für Krieg führende Parteien, die Kontrolle über Information und Bilder zu behalten. Unsere demokratischen Verfassungen garantieren zwar Informationsfreiheit, also das Recht, sich aus allgemein zugänglichen Quellen zu informieren, aber was allgemein zugänglich ist, bestimmen, wenn ein Krieg geführt wird, die Militärs. Mehr noch: Sie versuchen gezielt, das Bild in der Öffentlichkeit zu erzeugen, das gewünscht ist.

Es war zu lesen, dass während des Afghanistankriegs Journalisten in den USA mehrfach aufgefordert wurden, über mögliche zivile Kriegsoffer nicht zu berichten. Die Sicherheitsberaterin des amerikanischen Präsidenten, Condolezza Rice, griff, so berichtete die Financial Times Deutschland, eigenhändig zum Telefonhörer, um die Verantwortlichen der wichtigsten Fernsehsender ABC, NBC, CNN und FOX an ihre „patriotische Pflicht“ zu erinnern. Sie übermittelte den Wunsch der Regierung, dass die Sender künftig davon absehen möchten, Videobänder mit Äußerungen von Osama Bin Laden oder anderen al-Qaida-Mitgliedern zu senden. Und die Sender kamen dem offenbar teilweise nach.

Der CBS-Nachrichten-Chef Andrew Heyward etwa wird in der Financial Times mit der Begründung zitiert: „Dies ist ein neuer Krieg und eine neue Art von Feind. Deshalb ist es angemessen, auch neue Wege zu erkunden, um der Verantwortung gegenüber der Öffentlichkeit gerecht zu werden.“

Bei europäischen Journalisten löste dieses Verhalten Befremden aus. Für Aufregung sorgte in Europa auch der Plan der US-Regierung, nach dem 11. September ein so genanntes „Büro für Strategische Einflussnahme“ zu gründen. Nach einem Zeitungsbericht der New York Times sollten ausländische Medien gezielt mit einer Informationskampagne überzogen werden. So war offenbar geplant, auch anonyme E-Mails an ausländische

Redaktionen zu schicken, in denen feindselig gesinnte Regierungen angegriffen werden. Es bestand offenkundig die Sorge, die öffentliche Meinung im Ausland könne sich im Anti-Terror-Kampf gegen die USA wenden. Der Plan, dieses Propagandabüro einzurichten, wurde inzwischen fallen gelassen.

Wer heutzutage Krieg führt, weiß längst, dass Kriege an der Front gekämpft, aber zu Hause gewonnen werden. Die öffentliche Meinung ist entscheidend. Und die Methoden, um sie zu beeinflussen, werden, wie wir gesehen haben, immer subtiler.

Begonnen hatte das mit dem Golfkrieg: Er machte der Weltöffentlichkeit klar, dass die Bilder und Informationen, die seinerzeit aus dem Kriegsgebiet kamen, nur einen Bruchteil der Realität ausmachten. Damals wurde der Öffentlichkeit erstmals bewusst, dass der Krieg gegen den Irak auch ein Informationskrieg gewesen war. Die Beschränkungen, die von den USA im Golfkrieg eingeführt wurden, waren erheblich und Teil ihrer Kriegsstrategie.

So galt für Fernsehteams die so genannte Pool-Regelung, das hieß, nur ausgewählten Kamerateams, in diesem Fall nur amerikanischen Teams, wurde überhaupt Zugang zum Kriegsgeschehen durch die US-Behörden gewährt. Die Schauplätze, über die berichtet werden durfte, waren ausgewählte Schauplätze, die Teams wurden begleitet von US-amerikanischen Presseoffizieren. Die Berichte aus dem Einsatzgebiet mussten hinterher der US-Militärbehörde vorgelegt werden.

Diese Regularien wurden von den deutschen Medien als Zensur oder Manipulation der freien Information beklagt. Der Grundsatz der Gleichbehandlung bei der Presseberichterstattung war nicht gegeben. Was von den amerikanischen Luftangriffen und über die Ereignisse an der Front an die Öffentlichkeit durfte, entschied das US-Oberkommando der Operation *Wüstensturm*.

Auch von irakischer Seite fand Zensur statt. Fernsehaufnahmen aus Bagdad stammten nur von CNN und dessen damaliger Star-Reporter Peter Arnett durfte nur das zeigen, was das Informationsministerium Saddams erlaubte.

Kein deutscher Reporter war in der Lage, den Wahrheitsgehalt der Informationen zu überprüfen, zumal die Amerikaner sich weigerten, ausländische Fernsehjournalisten in die Pools aufzunehmen.

Die deutsche Öffentlichkeit begann zu fragen, ob die Medien nicht mehr und mehr instrumentalisiert würden

von den Krieg führenden Parteien. Von der Bundesregierung war keine Hilfe zu erwarten, Deutschland war nicht Mitglied der Kriegscoalition und hatte keinerlei Einfluss auf die Informationspolitik.

Ich selbst hatte einige Jahre später Gelegenheit, zu erfahren, was es heißt, in einer Krisensituation als Fernsehjournalistin aus dem Irak zu berichten. Damals standen die Amerikaner kurz davor, Saddam Hussein anzugreifen, die Säbel waren schon gewetzt. Einen Krieg konnte Kofi Annan damals abwenden. Lassen Sie mich dennoch über die Arbeitsbedingungen dort während der angespannten Situation berichten, weil der Irak ein Beispiel dafür ist, wie in vielen Ländern die Pressefreiheit systematisch unterdrückt wird. Schließlich haben wir uns heute hier aus Anlass des Internationalen Tages der Pressefreiheit versammelt.

Nach dem Golfkrieg hatten die Amerikaner Sanktionen verhängt, die sich gegen das Regime Saddams richten sollten. Zur Kontrolle und Abrüstung der Chemie- und Biowaffenlabors wurden Waffeninspektoren der UN ins Land geschickt. Ende 1997 spitzte sich die Lage zu. Die UN-Inspektoren beklagten eine zunehmende Behinderung ihrer Arbeit durch die irakischen Behörden. Ein Militärkonflikt bahnte sich an. Die Amerikaner drohten, Saddam Hussein anzugreifen, sollte er die Arbeit der Waffeninspektoren weiter behindern, und setzten erste Truppen in Bewegung.

Ich schlug dem Sender SAT. 1, für den ich damals als Korrespondentin aus Jerusalem berichtete, vor, nach Bagdad zu reisen. Unter Mühen erhielt ich von der irakischen Botschaft ein Einreisevisum, nachdem ich tagelang in Amman gewartet hatte. Dann die abenteuerliche Reise im gemieteten Jeep, zwölf Stunden lang durch die Wüste nach Bagdad, vorbei an Geschütz- und Raketenstellungen, die die Iraker Richtung Westen aufgebaut hatten.

Vor Ort in Bagdad bot sich folgendes Bild: Alle westlichen Journalisten, ich war die einzige deutsche Reporterin, waren im Rasheed-Hotel untergebracht und standen unter der Obhut des Informationsministeriums. Gleich bei der Ankunft nahm uns ein Begleiter in Empfang, der mein Kamerateam und mich die folgenden 14 Tage nicht aus den Augen ließ – ein deutsch sprechender Spitzel der Behörde, der jeden Abend einen schriftlichen Bericht ablieferte über das, was ich tagsüber getan, mit wem ich gesprochen hatte. Eigentlich unnötig, denn Journalisten hatten ohnehin keine freie Bewegungsmöglichkeit in der Stadt. Jeder Schritt außerhalb des Hotels musste genehmigt werden, jeder Journalist wurde begleitet. Gedreht werden durften nur ganz be-

stimmte Szenen, die das Regime zeigen wollte: Hungernde Kinder in Krankenhäusern, Massendemos gegen die USA, Märkte, auf denen verarmte Iraker ihre letzten Habseligkeiten verkauften, Ruinen aus dem Golfkrieg. Alle Interviews, die ich mit Irakern führte, wurden mitgehört – und unterbrochen, wenn das Gesagte nicht ins Bild passte. Alle Berichte wurden zensiert: Sowohl im Schnittraum als auch bei den Live-Schaltgesprächen nach Deutschland war unser Begleiter dabei. Eine heimliche Kontaktaufnahme zu irakischen Informanten war so gut wie unmöglich, außerdem höchst gefährlich für diejenigen, die plauderten.

Was blieb, war der Austausch mit Kollegen, Gespräche mit der Heimatredaktion via Satellitentelefon. In den Filmberichten, die ich nach Deutschland überspielte, wies ich immer darauf hin, dass die Bilder und Informationen durch die Zensur gegangen waren. Auch in den Interviews, die ich „per Schalte“ vom Dach des Rasheed-Hotels aus gab, thematisierte ich die Umstände, unter denen wir arbeiteten.

Aber auch von der anderen Seite erlebten wir eine restriktive Pressepolitik: Die UN-Waffeninspektoren, von denen wir uns eine Aufklärung über die Lage erhofften, waren nicht zu Gesprächen bereit, durften sich öffentlich nicht zu ihrer Arbeit äußern. Viele ausländische Journalisten lauerten deshalb allmorgendlich vor der Ausfahrt des UN-Camps in Bagdad, in der Hoffnung, einige der Inspektoren, die zu ihren Kontrolltouren aufbrachen, wenigstens zu einem kurzen Statement zu bewegen.

Eine unbefriedigende Situation für Journalisten. Dennoch: Es war wichtig für unsere Redaktion, einen Beobachter im Irak zu haben, auch um überhaupt selbst gedrehtes Bildmaterial aus der Krisenregion zu bekommen. Hin und wieder gelang es, die Zensur zu umgehen und Bildmaterial unauffällig nach Deutschland zu überspielen. In der Berliner Redaktion wurde das dann mit anderem Bildmaterial aus den USA und aus Deutschland zu einem Filmbericht zusammengefügt, mit entsprechender Einordnung und mit Hinweis auf die Quellen.

Doch nicht nur im Irak, auch in Israel und in den palästinensischen Autonomiegebieten erlebte ich als Fernsehjournalistin immer wieder, wie Pressefreiheit eingeschränkt wurde. In Israel gelten strenge Zensurvorschriften für Bilder und Informationen, die sich auf das Militär beziehen. Ich erinnere mich an meinen Ärger, als mir eine Reportage über den Alltag weiblicher Soldaten in der Armee einmal komplett vom Zensor auseinander genommen wurde: Einen Großteil meiner Interviews mit der Hauptperson durfte ich anschließend nicht verwenden, weil die Soldatin dabei Kaugummi gekaut hatte.

Doch das war noch harmlos im Vergleich zu dem, was ausländischen Journalisten derzeit in Israel und den Palästinensergebieten widerfährt: Seit September 2000, seit Beginn der zweiten Intifada, wurden mindestens 45 ausländische Journalisten durch Schüsse verletzt. Es gibt mehrere übereinstimmende Berichte, wonach israelische Soldaten während der Kämpfe gezielt Pressevertreter beschossen haben. Der Tod des italienischen Fotojournalisten Raffaele Ciriello, der am 13. März dieses Jahres von israelischen Soldaten erschossen wurde, stellt einen traurigen Höhepunkt dar.

Die Journalistenvereinigung *Reporter ohne Grenzen*, deren Mitglied ich bin, hat die Fälle dokumentiert und der israelischen Regierung einen entsprechenden Bericht vorgelegt. Forderungen nach einer systematischen Verfolgung der Täter und einer Veröffentlichung der Untersuchungsergebnisse weist die Regierung zurück. „Israel ist ein demokratischer Staat“, heißt es in der Antwort, „die Presse kann frei und ungehindert arbeiten.“

Doch als das Flüchtlingslager Dschenin von der israelischen Armee tagelang unter Beschuss genommen wurde, verwehrte man Journalisten den Zugang. Jetzt muss sich Israel fragen lassen, was dort passiert ist, wie viele Tote es gab, der Vorwurf eines möglichen Massakers steht im Raum. Dutzende Leichen von Palästinensern wurden geborgen. Gibt es noch mehr Opfer? Was geschah wirklich in Dschenin? Niemand, auch nicht die Vereinten Nationen, erhielten bislang von Israel die Genehmigung, dies nachzuprüfen.

Auch die palästinensischen Behörden behindern die Arbeit der Presse durch Zensur und Schikane. Wiederholt verboten sie im vergangenen Jahr Zeitungen und ließen Rundfunkstationen schließen. *Reporter ohne Grenzen* legt dar, dass Journalisten immer wieder daran gehindert wurden, über gewalttätige Übergriffe von Palästinensern auf Israelis zu berichten.

Das sind erschwerte und gefährliche Arbeitsbedingungen vor allem für Fernsehjournalisten und Fotografen. Denn bei der Recherche und Informationsbeschaffung gibt es einen wichtigen Unterschied zwischen dem Fernsehen und anderen Medien: Fernsehberichte hängen, auch wenn es banal klingt, von Bildern ab. Ohne Bilder keine Geschichte, das ist die alte Regel. Fernsehen ist ein emotionales Medium, stärker noch als das geschriebene Wort erzeugt die Bildsprache Gefühle und kann starke Eindrücke hinterlassen.

Authentische Bilder in Kriegszeiten zu beschaffen, ist – wie ich bereits beschrieben habe – außerordentlich mühsam. Dennoch erlebe ich, dass der enorme logistische

Aufwand, den das „Machen“ von Fernsehen mit sich bringt, von außen sehr oft unterschätzt wird.

Eine Nachrichtenredaktion kommt mit dem selbst gedrehten Material, das die Reporter anliefern, allein nicht aus. Unter oft großen organisatorischen Schwierigkeiten muss zusätzliches Bildmaterial besorgt werden. In unserer wie in jeder anderen Fernsehnewsredaktion gibt es dafür eigene Produktions- und Planungsabteilungen. Die Producer organisieren z. B. das Überspielen von Bildmaterial oder Interviewschalten und buchen die Kamerateams. Ein Teil des Bildmaterials stammt von Bildagenturen wie ap oder Reuters. Auch dieses Material muss überspielt und den ganzen Tag über gesichtet werden. Eine Planungsabteilung recherchiert vorab die Themenlage, hält Kontakt zu den Korrespondenten in aller Welt und plant längerfristige Projekte – Aufgaben, die Zeit und Geld kosten, und beides ist knapp.

Der Aktualitätsdruck auf dem Fernsehmarkt ist enorm gewachsen. Als Erster auf Sendung zu sein, wenn ein Großereignis passiert, ist für die Sender nicht nur zur Quotenfrage, sondern auch zur Imagefrage geworden. Denn an diesem Punkt können sich Nachrichtensendungen, die sonst stark formalisiert sind, voneinander unterscheiden. Das Tempo nimmt zu: Der Sender, der als Erster Bilder von einem Ereignis hat, hat gewonnen. Das mag vor allem durch die zunehmende Konkurrenz auf dem Markt bedingt sein. Doch auch das Informationsbedürfnis der Zuschauer hat sich gewandelt: Im Internetzeitalter, wo Informationen quasi jederzeit an jedem Ort zu jedem Thema erhältlich sind, wächst bei vielen auch die Erwartung, auf dem Fernsehschirm so aktuell wie möglich bedient zu werden. Die Kommunikationsforschung weiß: Wenn ein Großereignis passiert, greifen die Menschen als Erstes auf das Radio oder auf das Fernsehen zurück, um sich zu informieren.

Gleichzeitig unterliegen Fernsehsender heutzutage einem ungeheuren ökonomischen Druck. Die goldenen Zeiten, in denen sich mit Fernsehen leicht viel Geld verdienen ließ, sind vorbei. Medienwissenschaftler glauben, dass es ein Überangebot an Fernsehsendern gibt und sich viele kleine Sender auf Dauer nicht werden halten können. Zusätzlich beherrschen bei Großereignissen wie „Krieg“ die großen amerikanischen Networks zunehmend das Terrain. Da sie finanziell meist viel üppiger als deutsche Sender ausgestattet sind, treiben sie die Preise für Bildmaterial, für Drehgenehmigungen, für lokale Kamerateams und Übersetzer immer mehr in die Höhe. Deutsche Fernsehsender können und wollen preislich nicht mithalten – in den meisten Redaktionen ist Sparen angesagt, auf Personal- und Materialebene.

Was also tun, um als Journalist in Kriegszeiten angemessen und glaubwürdig berichten zu können?

Das Wichtigste erscheint mir die Wahrung der journalistischen Standards:

Gerade in Zeiten von Krisen und Kriegen müssen Journalisten ihre Unabhängigkeit zu bewahren suchen bzw. sich gegen eine versuchte Einflussnahme durch eine PR-Militärmaschinerie zur Wehr setzen. Dazu gehört das Erkennen von Widersprüchen und Zusammenhängen genauso wie das Benennen von Zweifeln und das Thematisieren eines einseitigen Informationsflusses. Es ist geboten, Quellen zu benennen und schwierige Umstände der Bild- und Informationsbeschaffung zu beschreiben. Nur so kann es gelingen, die Zuschauer nicht zu enttäuschen.

Vielleicht aber müssen wir uns künftig bei der Kriegsberichterstattung ohnehin neu orientieren: Der 11. September hat die Koordinaten weltweit verschoben. Der Kriegsgegner heißt Terror und seine Netzwerke lassen sich nicht mehr auf ein oder zwei Staatsgebiete beschränken. Terrorbekämpfung erfordert heutzutage andere Methoden. Es ist kein Krieg mehr im herkömmlichen Sinne, sondern – so formuliert es der amerikanische Sicherheitsexperte Charles V. Peña vom Cato Institute in Washington in einem taz-Interview – „ein zu großen Teilen unsichtbarer Krieg“. Geheimdienstarbeit und internationale Sicherheitskooperationen gewinnen an Bedeutung. Vielleicht, sagt Peña, werden die USA künftig einen Zweifrontenkrieg führen: einen unsichtbaren und erfolgreicher gegen die Terrornetzwerke – und einen sichtbaren für das einheimische Fernsehpublikum.

Nach den Terroranschlägen in den USA müssen sich Journalisten also künftig wohl auf eine noch größere Herausforderung einstellen.

*Dipl.-Journalistin Astrid Frohloff ist seit 1999 Hauptmoderatorin der 18:30-Nachrichten auf SAT.1. Vorher berichtete sie fünf Jahre lang als Reporterin aus Israel, den palästinensischen Gebieten, dem Irak, Ägypten, Libanon und Jordanien.*